



Refugee Protest March: *Großdemo Geflüchteter in Berlin 2014 (Foto: Umbruch Bildarchiv, Christina Palitzsch)*



Willkommen am Oranienplatz:  
*Graffiti auf dem Protestcamp 2014 (Foto: Andrea Linss)*



Anfang... Auftakt des Refugee Protestmarsch 2012 in Würzburg (Foto: Umbruch Bildarchiv, Christina Palitzsch)



und Ende: Protestierende bei der Räumung des Protest-Camps am Oranienplatz 2014 (Foto: Umbruch-Bildarchiv/Oliver Feldhaus)





Über den Dächern *Aktivist auf dem Dach der Gerhard-Hauptmann-Schule Berlin 2012* (Foto: heba/Umbruch Bildarchiv)



*Pressetermin der Schulbesetzer\*innen Berlin 2012* (Foto: heba/Umbruch Bildarchiv)



Eingezogen: Einblick ins Innere der besetzten Gerhard-Hauptmann-Schule Berlin 2012  
(Foto: heba/Umbruch Bildarchiv)



Aufschrei für die Abschaffung der Residenzpflicht, Berlin 2012 (Foto: Christina Palitzsch)

# Kein Grund zum Feiern

10 Jahre Protestcamp auf dem Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg. Von Bruno Watara

Letztes Jahr wurde in Berlin mit einer großen Veranstaltung das zehnjährige Jubiläum des Protestcamps auf dem Oranienplatz gefeiert. Viele kennen die Vorgeschichte des Protestcamps nicht und auch im Rückblick werden manche Dinge aus meiner Sicht nicht richtig dargestellt. Deshalb teile ich in diesem Text meine Erinnerungen.

Ich erinnere mich an Mohammad Rahsepar

**E**nde Januar 2012 nahm sich Mohammad Rahsepar im Würzburger Flüchtlingslager das Leben. Er litt unter Depressionen und hatte schon im Dezember 2011 Suizidgedanken geäußert. Ärzte hatten deshalb den zuständigen Behörden empfohlen, seine Unterbringungssituation zu verbessern. Er wollte zu seiner Schwester nach Köln, aber die Behörden lehnten das mit Verweis auf die Residenzpflicht und die Wohnsitzauflage für Würzburg ab. Sein Tod war der Auslöser für eine Welle von Protesten in ganz Deutschland.

Seine Nachbar\*innen im Lager und seine Freund\*innen bauten ein Protestcamp auf der Straße auf, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen: Lagerunterbringung, Gutscheinsystem, Residenzpflicht, Arbeitsverbot, ständige Ungewissheit und Angst vor Abschiebung. Ihr Protest weitete sich schnell auf viele Städte in ganz Deutschland aus: Wir bauten Protestzelte auf und trugen unseren Protest mit Aktionen in die

Öffentlichkeit. Auch in Berlin wurde ein Zelt auf dem Heinrichplatz errichtet.

Ich erinnere mich an unsere Kämpfe gegen die Residenzpflicht

Die Residenzpflicht gibt es in keinem anderen europäischen Land. Ihre Ursprünge gehen zurück bis in die Kolonialzeit. Die Nationalsozialisten haben die Residenzpflicht 1938 in einer Polizeiverordnung für Zwangsarbeiter zum Gesetz gemacht. 1982 nahm der Gesetzgeber die Regelung wieder auf und hielt sie im Asylverfahrensgesetz für Asylsuchende fest.

Bis Ende 2014 mussten sich alle Asylsuchenden jedes Mal, wenn sie ihren Landkreis verlassen wollten, dafür eine Erlaubnis bei der Ausländerbehörde holen. Manchmal bekamen sie eine Erlaubnis, meistens nicht. Die Behörden nutzten die Residenzpflicht, um Asylsuchende daran zu hindern, sich politisch zu engagieren. Im Jahr 2000 hatte Sunny Omwenyke als Aktivist der Geflüchtetenelbstorganisation *The Voice*



*Refugee Forum* einen internationalen Kongress in Jena mitorganisiert, zu dem auch internationale Gäste eingeladen waren. Als er selbst bei der für ihn zuständigen Ausländerbehörde Wolfsburg eine Erlaubnis beantragte, um auf den Kongress fahren zu können, wurde sie ihm verweigert. Auch das Verwaltungsgericht, bei dem Sunny mit einem Eilantrag eine Erlaubnis einlegte, war der Auffassung, es sei nicht „zwingend notwendig“, dass er an seinem Kongress teilnehme. Sunny fuhr trotzdem zum Kongress in Jena,

wurde am Bahnhof kontrolliert und angezeigt. Dies war der Auslöser für die erste Kampagne gegen die Residenzpflicht und eine erste Demo im Jahr 2000, organisiert von der *Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und Migrantinnen*. Seitdem haben viele Geflüchteten selbstorganisiert, zum Beispiel *The Voice Refugee Forum* oder die *Flüchtlingsinitiative Brandenburg*, gegen die Residenzpflicht gekämpft.

Ich selbst bin ungefähr seit dem Jahr 2000 in Deutschland politisch aktiv. Und ich erinnere mich gut, welcher Stress die Residenzpflicht bedeutete. Sie war für die Polizei stets Grund, uns, weil wir nicht ‚deutsch‘ aussehen, in Bussen, Zügen und Bahnhöfen zu kontrollieren. Bei jeder Demo, jedem Kongress und jedem Treffen mussten wir einen Umgang mit Kontrollen finden und gemeinsam Geld für Bußgelder oder Anwalt\*innen aufreiben.

Erst Ende 2014 wurde die Residenzpflicht für einen Teil der Asylsuchenden gelockert. Sie dürfen sich jetzt nach den ersten drei Monaten in Deutschland im ganzen Bundesgebiet frei bewegen. Theoretisch jedenfalls. Denn es gibt zahlreiche Ausschlussgründe von dieser angeblichen „Bewegungsfreiheit“. Vor allem Geflüchtete mit Duldung sind wie bisher der Behördenwillkür ausgeliefert. Die Ausländerbehörden können sie jederzeit an den Landkreis fesseln.

Viele Politiker\*innen behaupteten damals stolz, dass sie mit den Lockerungen im Januar 2015 die Residenz-

pflcht abgeschafft hätten – und viele Menschen glauben ihnen. Das ist falsch, für diese scheinheiligen Lockerungen und Kompromisse haben wir nicht jahrelang demonstriert und gekämpft. Wir haben für die tatsächliche Abschaffung der Residenzpflicht gekämpft.

Wer heute über das Protestcamp auf dem Oranienplatz spricht, ohne die anderen Protestaktionen im Jahr 2012 und unserer Kämpfe davor und danach zu erwähnen, solidarisiert sich nicht, sondern ignoriert uns.

Ich erinnere mich an den „*Refugee Protest-March*“

Im September 2012 startete eine Gruppe von Geflüchteten den *Refugee Protest-March* von Würzburg nach Berlin. Sie protestierten gegen die Residenzpflicht, indem sie die Residenzpflicht öffentlich verletzen und trugen ihren Protest zu den politisch Verantwortlichen nach Berlin. Am 5. Oktober 2012, nach einem Monat und 600 Kilometern Fußmarsch, erreichten sie Berlin. Als Gruppe von Aktivist\*innen in Berlin unterstützten wir den Protestmarsch, indem wir das Camp auf dem Oranienplatz als Ort zum Ankommen vorbereiteten. Geplant waren einige Wochen im Camp, eine große Abschlussdemo und weitere Aktionen. Niemand von uns hatte ein Protestcamp im Sinn, das über ein Jahr stehen sollte.

Ich erinnere mich genau:  
Der Oranienplatz war nie besetzt

Viele Menschen in Berlin halten an dem Mythos fest, der Oranienplatz sei von Geflüchteten besetzt gewesen. Sie wünschen sich eine radikale Aktionsform als Symbol für Proteste von Geflüchteten. Tatsächlich war der Oranienplatz nie besetzt. Immer wieder gab es Verhandlungen mit den Bezirksbürgermeister\*innen, die dazu führten, dass das Camp am Oranienplatz geduldet wurde. Wer behauptet, der Oranienplatz sei besetzt worden, ignoriert unsere Arbeit, die jahrelangen Verhandlungen und stellt das Camp grundsätzlich falsch dar.

Ich erinnere mich an den Oranienplatz  
als Symbol und als Ort zum Überleben

Zur Abschlussdemo des Protestmarsches am 13. Oktober 2012 kamen viele Menschen aus ganz Deutschland, sie wurde richtig groß. Danach gab es unterschiedliche Ansätze: Während eine Gruppe auf dem Pariser Platz einen Hungerstreik begann, blieben andere auf dem Oranienplatz und nutzten ihn als Ausgangspunkt für verschiedene andere Aktionen.

Im Winter 2012 kamen Geflüchtete aus Italien dazu, für die das Protestcamp vor allem ein Ort zum Überleben war: Sie flohen vor Obdachlosigkeit, Hunger und Perspektivlosigkeit aus Italien nach Berlin. Damit wurde der Oranienplatz ein Symbol für die Unmenschlichkeit und Grausamkeit der deutschen und europäischen Asylpolitik.

Im Dezember 2012 besetzte eine Gruppe von Geflüchteten und anderen Aktivist\*innen eine leerstehende Schule, circa 15 Minuten Fußweg vom Oranienplatz. Auch dies wurde vom Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg zunächst geduldet. Leider haben wir es nur bei einzelnen Aktionen geschafft, die verschiedenen Geflüchtetengruppen und deren Interessen auf dem Oranienplatz und in der Schule zusammenzubringen.

Für die einen standen Forderungen nach gesetzlichen Verbesserungen für Asylsuchende in Deutschland im Vordergrund: Die Aufhebung der Residenzpflicht und der Arbeitsverbote für Asylsuchende und Geduldete, das Ende von Unterbringung in Lagern und Abschiebungen.

Die ‚Lampedusa-Flüchtlinge‘ konnten sich aufgrund ihrer Aufenthaltserlaubnis in Italien (zumindest als Tourist\*innen) legal in Deutschland aufhalten und waren nicht von Residenzpflicht betroffen oder von Abschiebung bedroht. Für sie war die Forderung nach legalen Arbeitsmöglichkeiten das Wichtigste. Für sie war die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen aus humanitären Gründen nach § 23 des Ausländergesetzes ein zentrales Ziel. Die politisch Verantwortlichen haben jedoch immer wieder behauptet, dies sei rechtlich nicht möglich.

Für Geflüchtete mit offiziellem Wohnsitz in Deutschland waren das Protestcamp und die besetzte Gerhard-Hauptmann-Schule ein selbstgewählter Raum für ein selbstbestimmteres Leben, als es im Lager möglich war, und ein Ort für gemeinsame Projekte und Protest. Sie konnten aber jederzeit an ihren Wohnsitz zurückkehren, zum Beispiel um sich dort Sozialleistungen abzuholen. Die ‚Lampedusa-Flüchtlinge‘ hatten keine Wahl, sie mussten in Italien auf der Straße leben, hungern und waren als Obdachlose rassistischen Angriffen ausgesetzt.

Für viele Geflüchtete und auch für Unterstützer\*innen waren die Gegensätze, die auf den unterschiedlichen Statusgruppen und Aufenthaltstiteln beruhten, nicht nachvollziehbar. Sie hätten sich dafür sehr genau mit den Gesetzen auseinandersetzen müssen.



Bruno Watara  
wurde 1963 in Togo  
geboren, 1997  
flüchtete er nach  
Deutschland. Er  
engagiert sich u.a.  
bei der Geflüchte-  
tenorganisation  
The VOICE Refugee  
Forum und der  
Initiative Zu-  
sammenleben e.V.

Am Ende führte die existenzielle Not der ‚Lampedusa-Flüchtlinge‘ zu einer Teilung. Sie wollten nicht länger in Zelten hungern und im Ungewissen leben und nahmen im Frühjahr 2014 ein Angebot des Senats an: Für die Räumung des Oranienplatzes wurde ihnen sechs Monate Duldung, eine Unterkunft mit Betten und Heizung, Sozialleistungen und medizinische Versorgung versprochen.

Ich erinnere mich genau: Der Oranienplatz wurde nicht von der Polizei geräumt

Es waren Geflüchtete, die im April 2014 die Zelte von anderen Geflüchteten abräumten. Dem Senat war es – auch mit Hilfe sogenannter Unterstützer\*innen – gelungen, die Geflüchteten vom Oranienplatz zu spalten.

Lasst uns aus den alten Fehlern lernen, statt sie zu wiederholen. Regierungen und Parlamente spalten uns mit ihrer rassistischen Migrationspolitik. Wir müssen uns dem entgegenstellen und noch enger zusammenwachsen. Wir müssen uns genau mit Gesetzen auseinandersetzen, um konkrete Veränderungen einzufordern. Gleichzeitig müssen wir unsere Utopien behalten: Bewegungsfreiheit, Bleiberecht und gleiches Recht für alle.

Ich erinnere mich an die Kämpfe danach

In vielen Fällen löste der Senat seine Versprechen nicht ein. Noch heute gibt es einige Geflüchtete von Oranienplatz, die keine Aufenthaltserlaubnis haben.

Und seit 2014 kam eine Asylrechtsverschärfung nach der anderen: Die Ausweitung der absurden Konstruktion von angeblich „sicheren Herkunftsstaaten“, das Asylpaket I + II, die Abschaffung des Rechtsanspruches auf Familienzusammenführung für subsidiär Schutzberechtigte, das ‚Hau-Ab-Gesetz‘ I + II, die Einführung der ‚Duldung Light‘, weitere Kürzungs- und Sanktionsmöglichkeiten im Asylbewerberleistungsgesetz ... Diese Liste ist sicher nicht vollständig, ich kann mich nicht genau erinnern, wie oft wir auf der Straße protestierten.

Gut erinnere mich aber an meine eigene Zeit im Lager. Damals waren wir alle in derselben Situation. Das ist seit 2014 anders geworden. Grundrechte werden nun je nach „Bleibeperspektive“ unterschiedlich erteilt oder entzogen. Das Asylsystem steckt uns in Schubladen von guten und schlechten Geflüchteten, spaltet uns in Asylberechtigte, Anerkannte nach der Genfer Flüchtlingskonvention, in subsidiär Geschützte und in

Unerwünschte: die Geduldeten, die „Ausreisepflichtigen“. Mit jeder Schublade sind bestimmte Rechte oder Einschränkungen verbunden.

Und heute?

Im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP wurde versprochen, die Situation von Asylsuchenden und Migrant\*innen zu verbessern. Geplant waren viele Gesetzesänderungen in insgesamt vier Gesetzespaketen, den sogenannten Migrationspaketen. Sie wurden als „Paradigmenwechsel“ in der Asyl- und Migrationspolitik angekündigt.

Das erste Migrationspaket wurde Ende letzten Jahres verabschiedet und ist jetzt seit Januar in Kraft. Es gibt nun eine Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete. Mit unserer Kampagne **BLEIBERECHT FÜR ALLE – statt Chancenfalle!** kritisieren wir diese Regelung, weil viele Geduldete davon ausgeschlossen bleiben.

Die Regierung hat außerdem versprochen, die ‚Duldung light‘ und Arbeitsverbote abzuschaffen. Von diesen geplanten Gesetzesänderungen hören wir seit Monaten nichts. Stattdessen kommen altbekannte Debatten über Abschottung und schnellere Abschiebungen zurück.

Solange das so ist, gibt es für mich keinen Grund zu feiern. Der Kampf muss weitergehen.

Das Asylbewerberleistungsgesetz, Arbeitsverbote und alle anderen gesetzlichen Schikanen müssen endlich weg! Für Bewegungsfreiheit, Bleiberecht und gleiches Recht für alle.<